



Pfäffikon, 16. November 2023

SP FORDERT KAUFKRAFTSTÄRKUNG

Die SP fordert an der Novembersession einen vollen Teuerungsausgleich für alle Kantonsangestellte in Zukunft. Zwar unterstützt die SP den vom Regierungsrat in Aussicht gestellten Teuerungsausgleich von 1.7 %, jedoch wird damit die Reallohnsenkung der letzten Jahre nicht behoben. Das gilt es nun zu ändern.

Mit einer Einzelinitiative fordert die SP-Fraktion, dass die Kantonsangestellten in Zukunft den vollen Teuerungsausgleich erhalten. Die Regierung hat bereits angekündigt, auch dieses Jahr die im letzten Jahr nicht ausgeglichene Teuerung nicht zu kompensieren. Um den fehlenden Teuerungsausgleich des letzten Jahres auszugleichen, müsste der Kanton die Löhne um 2.44 % erhöhen. Die Regierung plant jedoch nur mit 1.7 %. Die Reallohnsenkung vom letzten Jahr bleibt somit bestehen. «Wie die Präsidenten von SVP und FDP richtig betonen, hat der Teuerungsausgleich bei der Verwaltung Auswirkungen auf alle Lohnabhängigen im Kanton», so SP-Kantonsrat Elias Studer (Oberarth), «wir müssen jetzt die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung wieder stärken – dass die Regierung trotz gefüllter Kassen bewusst Reallohnsenkungen für ihre Angestellten beschliesst, ist eine Frechheit!»

SP unterstützt die Einführung des Nachtangebots im ÖV

Die SP-Fraktion unterstützt die Anpassung des Grundangebots des öffentlichen regionalen Verkehrs für den Zeitraum 2024–2027. Wichtige Neuerung des ÖV-Grundangebots ist die Einführung des Nachtangebots in den Jahren 2025–2028 als Pilotbetrieb. «Die SP hat sich seit Jahren für die Einführung des Nachtangebots im ÖV eingesetzt», so SP-Kantonsrätin Elsbeth Anderegg Marty (Lachen/Altendorf): «Die Einführung des Pilotbetrieb nehmen wir mit Befriedigung zur Kenntnis.»

Einspracherecht soll mit dem neuen Strassengesetz massiv eingeschränkt werden – SP wird auf die Vorlage nicht eintreten

Bereits im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens beantragte die SP die Ablehnung der Revision des Strassengesetzes. Das Baudepartement missbraucht ein Urteil des Bundesgerichts, um das ganze Baurecht in Bezug auf kantonale Strassen zu ändern. Bei der Annahme des neuen Strassengesetzes würden das Einspracherecht für Private, für Gemeinden und Bezirke und für Umweltschutzverbände stark eingeschränkt. Die SP-Fraktion erachtet die Vorlage nicht mit dem Bundesrecht vereinbar. Sie beantragt deshalb Nichteintreten auf die Vorlage. Sollte der Kantonsrat wider Erwarten auf die Vorlage eintreten, wird die SP-Fraktion die Vorlage ablehnen. Den Minderheitsantrag, wonach auch

Gemeinden und Bezirke vom neuen Verfahren profitieren sollen, lehnt die SP-Fraktion einstimmig ab.

Sperrfristen schränken politische Rechte der Stimmberechtigten ein

Die SP-Fraktion lehnt das Postulat «Zwängereien verhindern, Volkswillen stärken» ab. Jede Sperrfrist schränkt das Recht der Stimmberechtigten ein, jederzeit eine Volksinitiative einreichen zu können. Die Regelungen rund um die Sperrfristen haben sich im Kanton Schwyz bewährt. Eine weitere Verschärfung der Rechtslage erachtet die SP-Fraktion als unnötig.

SP-Fraktion des Schwyzer Kantonsrats

Kontakt

Carmen Muffler, Fraktionspräsidentin, carmen.muffler@spschwyz.ch, 079 727 17 78